



Das Übergangwohnheim soll in der Steingutstraße entstehen. Die nahegelegene Jacobs University hat Unterstützung zugesagt.

FOTO: RDR

## Diskussion um Flüchtlinge geht weiter

Blumenthaler setzen sich nach wie vor für Unterbringung in ihrem Stadtteil ein

Von **Regina Drieling**

**Bremen-Nord** – Die Fraktionssprecher von SPD, Grüne, CDU und FDP im Beirat Vegesack sowie der Ortsamtsleiter haben sich vor wenigen Tagen auf eine Unterbringung von Flüchtlingen verständigt. Linke und Bürger in Wut waren der Einladung von Sozialstaatsrat Horst Frehe nicht gefolgt.

Laut des von der Sozialbehörde unterbreiteten Vorschlags, sollen bis zu 100 Flüchtlinge in einem Übergangwohnheim auf einem Gelände in der Steingutstra-

ße neben der Jacobs University in Grohn untergebracht werden. Darüber soll in einer Sondersitzung des Beirats öffentlich beraten werden.

Der Verein „Leben in Grohn“, dessen Vorsitzender das ehemalige Grüne Beiratsmitglied Manfred Wemken ist, begrüßt das Engagement von Kirchen und Jacobs Uni für die geplante Flüchtlingsunterkunft und will sich anschließen. Die Einwohnergemeinschaft Grohn, mit der „Leben in Grohn“ eng zusammenarbeiten will, habe schon positiv reagiert. Das gilt aber offenbar nicht für alle Groh-

ner, denn es bildet sich derzeit eine Gruppe, die sich übergangen fühlt. „Natürlich sind wir dafür, Menschen in Not zu helfen. Aber wir kriegen nicht einmal unsere eigenen Probleme gebacken“, sagt eine Mitstreiterin, die sich mindestens eine Einwohnerversammlung wünscht und sich in der angekündigten Sondersitzung des Beirats äußern will. In einem Schreiben ans Sozialressort (liegt dem BLV vor) unterstellt die Gruppe, man wolle bewusst einen weiteren Brennpunkt „in unmittelbarer Nähe zur prekären Grohner Düne“ schaffen. Ferner

sehe man die Ansiedelung des Science Parks durch das Wohnheim gefährdet.

Und weiter heißt es: „Wir Bremen-Norder haben besonders an Blumenthal erkennen können, was es bedeutet, wenn die soziale Balance im Stadtteil kippt. Dort ziehen mittlerweile Jugendbanden durch die vom Einzelhandel verlassenen Straßen, die von den Integrations-Angeboten Ihres Ressorts überhaupt nichts wissen wollen.“

In Blumenthal selber betrachtet man die Sache allerdings differenziert. Ortsamts-

**Fortsetzung auf Seite 2**

## Diskussion geht weiter

Flüchtlingsunterkünfte in Bremen-Nord

**Fortsetzung von Seite 1**

leiter Peter Nowack setzt sich in Absprache mit den Fraktionsspitzen von SPD und CDU, sowie Beirats- und Koordinierungsausschussprecher weiter nachdrücklich für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil ein. „Wir haben uns entschieden, in dieser Diskussion mitzumischen und humanitäre Hilfe zu leisten“, sagte Nowack, dem bewusst ist, dass es auch Widerstand geben könnte. Ängste und Misstrauen werde man ernstnehmen, versprach er. Das Sozialressort habe von seiner ablehnenden Haltung Abstand genommen, denn weitere Standorte zur Flüchtlingsunterbringung würden gesucht. Blumenthal als Standort für eine Flüchtlingsunterkunft werde aktuell geprüft. „Wenn jemand Platz hat, dann sind wir das“, erklärte Nowack, dem daran gelegen ist, die Entwicklung des Stadtteils im Auge zu behalten. „Nach oben“, unterstrich er: 60 bis 70 Flüchtlinge will der Ortsamtsleiter im ehemaligen Pflegeheim in der Kapitän-Dallmann-Straße unterbringen und verspricht sich davon einiges – unte-  
r anderem Geld. Für ein Containerdorf in Hemelin-

gen habe die Deputation vier Millionen Euro bewilligt. In Blumenthal sei die Investition in Neubau oder Container nicht nötig, weil eine kostengünstige und mit Infrastruktur versehene Immobilie bereits vorhanden sei. Eine Kaltmiete von knapp 100 000 Euro und ein bisschen Geld für Renovierungsarbeiten seien notwendig hat Peter Nowack kalkuliert. Und genau deshalb knüpft er das Angebot der humanitären Hilfe aus Blumenthal an verschiedene Bedingungen, die er Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) im Gespräch vor wenigen Tagen noch einmal mitgeteilt hat.

Der Stadtteilchef will rund eine halbe Million Euro pro Jahr haben, unter anderem, um im Untergeschoss des ehemaligen Pflegeheims ein soziales Zentrum einrichten zu können. Gemeinschaftsräume, Integrationskurse und das geplante Quartiersmanagement könnten untergebracht werden. Mit dem Geld könnte man zudem die Umnutzung von leerstehenden Läden in (soziale) Wohnungen mit bis zu 50 Prozent bezuschussen und zinsgünstige Kredite anbieten. Der Wert der Immobilien werde sich so erhöhen, statt zu sinken, so Nowack.